

Einstein unter freiem Himmel

Finanzielle Kürzungen bei den Hochschulen bedrohen auch die Physik-Fachbereiche. Dagegen wehren sich Studierende und Professoren gemeinsam in fantasievollen Aktionen.

Selten waren sich Professoren und Studenten so einig wie bei den aktuellen Protesten gegen die Hochschulkürzungen. Ob in Bayern, Niedersachsen oder Hessen – überall demonstrierten sie für ihre gemein-



Mit öffentlichen Vorlesungen, wie hier am Neptunbrunnen über Spezielle Relativitätstheorie, machten die Berliner Physiker auf die Finanzmisere an den Hochschulen aufmerksam.

samen Interessen. In Berlin fand der Protest besonders originelle Formen. Selbst einige Professoren traten in den Streik. Zwar besetzten sie keine Politiker- oder Redaktionsbüros wie die Studenten und rannten auch nicht nackt über den Weihnachtsmarkt, aber bei Demos waren auch sie dabei und solidarisierten sich öffentlich. Am liebsten natürlich beamtenrechtsfreundlich in öffentlichen Vorlesungen.

Auch die Physiker taten sich so hervor. Die einen mit einem Pendelversuch an der Brücke, die anderem mit Elektrodynamik im S-Bahnhof Lichterfelde. Eine 72-Stunden-Dauer-Vorlesung erregte dabei bundesweit Medienaufsehen. In drei Tagen behandelte sie nonstop und rund um die Uhr alles vom Urknall bis zur Quantentheorie. Physik-Professoren und -Studenten aller drei Berliner Unis fanden sich dazu vom 1. bis zum 4. Dezember auf dem Potsdamer Platz zusammen. Erst unter freiem Himmel, angesichts der frostigen Temperaturen dann aber bald im Zelt – unter Decken und ausgerüstet mit Thermoskannen.

Doch auch zwei Monate Medien-Dauerpräsenz der protestierenden Studenten, Professoren und Hochschulleitungen stimmte die Politik kaum um. Lediglich in Bayern korrigierte die Landesregierung ihre Sparpläne im Hochschulbereich

von ursprünglichen 10 auf 5 Prozent runter. Denn 10 Prozent schon 2004 – so rechneten die Unis vor – könnten sie noch nicht mal sparen, wenn sie wollten – selbst bei sofortigem Einstellungsstopp und Verschieben sämtlicher Investitionen. „Wegfall durch Zufall“ – so ein Protest-Slogan, droht aber auch noch bei minus 5 Prozent. Jede Stelle, die altersbedingt frei wird, steht damit zur Disposition und befristete Stellen könnten nicht verlängert werden.

Axel Haase, Präsident der Uni Würzburg, hofft mit der Streckung von Baumaßnahmen Zeit zu gewinnen. „Wir fahren da natürlich eine Doppelstrategie. Einerseits machen wir der Politik gegenüber klar, dass auch minus 5% ein Desaster ist. Andererseits müssen wir intern natürlich trotzdem evaluieren, wo diese Kürzungen – wenn sie denn kommen – am wenigsten Schaden anrichten.“, sagt der Physik-Professor. Klar ist, dass solche strukturellen Kürzungen nicht von heute auf morgen realisiert werden können. Selbst wenn etwa eine Doktoranden-Stelle mittelfristig eingespart werden soll, müssen die Betroffenen ja zu Ende promovieren können.

„Könnte man die Kürzungen nicht zwischenfinanzieren, würden in der Physik in diesem Jahr alleine 5 von insgesamt 24 Professorenstellen wegfallen, einfach durch die normale Fluktuation, wenn etwa C3-Professoren auf eine C4-Stelle wegberufen werden.“, erklärt Haase. Das möchte er verhindern. Noch weiß er nicht, wie viele Stellen in welchen Bereichen wegfallen. „Die Physik steht aber gut da in Würzburg“, beruhigt er, „sowohl was Drittmittelerwerb und Publikationen als auch was die Studenten-

zahlen angeht. Da sollte es strukturell kaum etwas geben, was gekürzt werden könnte.“

Doch das ist nicht überall so. Der Physik droht der Rotstift an vielen Universitäten vor allem aufgrund der – verglichen mit anderen Fächern – immer noch niedrigen Studentenzahlen. Angesichts von Rekordwerten bei den allgemeinen Studentenzahlen – erstmals 2 Millionen in diesem Wintersemester – sind die Zahlen noch deutlich steigerungsbedürftig. Trotz Spitzenforschung wird die mangelnde Nachfrage in der Lehre den Physik-Fachbereichen vielerorts zum Kürzungsgrund.

Die Universitätsleitungen und Ministerien quer durch die Republik sind sich grundsätzlich darin einig, dass die Rasenmäher-Methode beim Sparen ausgedient hat. Was früher als gerecht galt, dass nämlich jeder seinen Teil mitträgt, weicht immer mehr dem Leistungsprinzip. Da wird evaluiert und begutachtet was das Zeug hält. Immer wieder mit dem Versprechen, die Erfolgreichen mit mehr Geld zu belohnen. Doch viel öfter dienen die Evaluationen als Entscheidungshilfe beim Sparen als beim Geldausgeben, indem man die Besseren lediglich schon, wenn man Geld aus Forschung und Lehre abzieht.

Die Politik versucht sich dabei mit Konzepten zu profilieren, die Geld sparen, ohne zu sehr nach Kürzungen zu klingen. Hessen nennt seinen Bildungs- und Sozialabbau „Operation Sichere Zukunft“, Niedersachsens neue Regierung verkündet das „Hochschuloptimierungskonzept“, und Bayerns Wissenschaftsminister Goppel möchte sich gern als Gärtner in der Hochschullandschaft sehen. Ei-

KURZGEFASST...

■ „Allianz“ für Innovation

Die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen, darunter Max-Planck-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft, begrüßen ausdrücklich die Innovations-offensive des Bundeskanzlers. Dabei ist es ein zentrales Ziel der Bundesregierung, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 von derzeit 2,5 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Daneben bekräftigten die Forschungsorganisationen nochmal ihre Forderung nach einer Reform von Forschungs-, Arbeits- und Tarif-Recht im Bereich der Wissenschaft.

■ Neues Entwicklungszentrum in China

Der Münchner Halbleiterkonzern Infineon hat im westchinesischen Xi'an ein neues Entwicklungszentrum eröffnet. Dort sollen

bis 2007 rund tausend Mitarbeiter vor allem integrierte Schaltkreise für Anwendungen in der Kommunikationsbranche und im Bereich von Automobil- und Industrieelektronik entwickeln.

■ Digitale Solidarität

Der „Uno-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft“ (www.itu.int/wsis/), der Mitte Dezember 2005 in Genf stattfand, hat sich in seiner Abschlusserklärung auch für die Unterstützung des freien Zugangs zu wissenschaftlichem Wissen ausgesprochen. Grundlage für diese Forderung ist die „Berliner Erklärung“, die von der Max-Planck-Gesellschaft initiiert worden ist (s. Physik Journal, Dezember 2003, S. 6) und die mittlerweile über 20 deutsche und europäische Institutionen unterzeichnet haben.

ner, der die dünnen Äste im Herbst abschneidet, damit die übrigen Knospen im Frühjahr umso schöner blühen. Doch die Kreativität in der Suche nach schönen Worten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuellen Motivationen viel eher aus den Finanzministerien kommen als aus Zukunftskonzepten der Bildungsministerien.

Aber was ist aus der geplanten, standortübergreifenden Optimierung in Niedersachsen geworden, dem Hochschuloptimierungskonzept? „Nicht viel“, sagt Reiner Kree, Vizepräsident und Physikprofessor an der Universität Göttingen. Zwar werde ein Teil der 40,8 Millionen Euro strukturell gekürzt und dabei auch Kleinstandorte geschlossen, aber der Rest der Einsparsumme werde linear auf die Hochschulen verteilt, sagt Kree: „Und dieser Rasenmäher-Anteil trifft natürlich auch die Physik.“

Dabei brauche die Hochschul-landschaft in Niedersachsen dringend eine grundlegende Strukturreform. Es gäbe nur wenige große Unis und vieles sei aufgesplittert in Klein- und Kleinststandorte, so Kree. „Standorte zu schließen kann sehr viel Geld sparen. Aber es dauert lange Zeit, bis die Einsparungen greifen. Wenn man die Leute nicht gerade vergiften will, dauert die Abwicklung vielleicht 20 Jahre. Die Politik will aber kurzfristig sparen und zieht das Geld per Notbremse raus. Das richtet vielerorts irreparable Schäden an.“

Um langfristig zu sparen, dem Hochschulsystem dabei aber die Zeit für Umstrukturierungen zu geben, werden Hochschulverträge immer beliebter. Die Bildungspolitiker können mit Hilfe der Unis ihren Etat verkleinern. Und die



Hochschulen bekommen als Gegenleistung für die vereinbarten Sparziele Schutz vor weiteren Zugriff des Finanzministeriums. Um den sonst ständig drohenden Haushaltsperren und Einstellungsstopps zu entkommen, setzen daher viele Unis auf diese Planungssicherheit. Denn nur diese erlaubt einigermaßen autonome Entscheidungen, die nicht unter ständigem Vorbehalt stehen.

1997 waren Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen die ersten Bundesländer, die mit ihren Hochschulen Verträge abschlossen. Hamburg und Nordrhein-Westfalen folgten 1999, Hessen und Thüringen 2002. In Sachsen-Anhalt war es im März 2003 erstmals so weit. Ebenfalls im letzten Jahr unterzeichneten die sächsischen Hochschulen ähnli-

che Verträge. Bundesweit einmalig ist, dass in ihnen nicht nur Zielvereinbarungen und leistungsorientierte Mittelverteilung festgelegt sind, sondern auch, welche Studiengänge zusammengelegt oder geschlossen werden sollen. Einzig die bayerische Regierung

will von Hochschulverträgen nichts wissen. Entsprechende Vorstöße weiß das Finanzministerium bisher zu verhindern.



Beschneiden solche Verträge doch seine Handlungsfähigkeit in dem gleichen Maße wie die Universitäten von ihnen profitieren.

Doch jeder Vertrag ist nur so gut wie seine Verbindlichkeit und rechtliche Durchsetzbarkeit. Und wie viel Verträge wert sind, zeigt sich erst in der Krise. Einen offenen Bruch von Hochschulverträgen hat es zwar noch nicht gegeben, aber viele Länder haben ihre Universitäts-

Von den Aktionen während des Berliner Uni-Streiks erregte die 72-stündige Nonstop-Physik-Vorlesung auf dem Potsdamer Platz wohl am meisten Medienaufsehen. (Fotos: Philine Hüttig / Sebastian Zander)

ten in den letzten Monaten weit vor Ablauf der Hochschulverträge erneut an den Verhandlungstisch gezwungen. Die Haushaltslage erfordere weitere Konsolidierungsbeiträge, hieß es schlicht. Hessens zwölf Hochschulen sollen mit 30 Millionen Euro weniger auskommen. Die Niedersachsen sparen nächstes Jahr 40 Millionen und 2005 noch einmal 10 Millionen Euro. Trotzdem unterschreiben die Unis die neuen Kontrakte, weil sie fürchten, ohne Verträge komme es noch schlimmer. Selbst in Berlin, wo die Krise am stärksten wütet und die Ergänzungsverträge die Hochschulen hart treffen, haben Humboldt- (HU) und Freie Universität (FU) inzwischen unterzeichnet. Nur die Technische Universität (TU) weigert sich noch. Denn die fast bankrotte Stadt fordert von ihren Unis 54 Millionen Euro an einmaligen Kürzungen in den nächsten zwei Jahren und senkt dann ab 2006 den Jahreshochschuletat um satte 75 Millionen Euro. Zwar ist Berlin durch seine Schulden schon stark vorbelastet, aber die Finanzkrise nimmt auch die anderen Länder nicht aus. Überall haben Steuerausfälle riesige Löcher in den Haushalt gerissen und machen weitere Sparprogramme notwendig.

In seiner letzten Pressemitteilung vor Weihnachten schrieb die Ruhr-Universität Bochum, in Nordrhein-Westfalen würde nur deshalb nicht gestreikt, weil die Kürzungen kontinuierlicher erfolgten. „Während die Hochschulen in NRW nach dem 1999 abgeschlossenen Qualitätspakt weiterhin kräftig Stellen abbauen – das Land seine Investitionsverpflichtungen aber nicht erfüllt! – stehen die nächsten Kürzungsprogramme schon vor der Tür: Das NRW-Hochschulkonzept 2010 erzwingt weiteren Stellenabbau insbesondere in den kostspieligen und unterausgelasteten Fächern Chemie, Physik, Maschinenbau, Bauingenieurwesen sowie Elektro- und Informationstechnik.“

Ein Kahlschlag ohne Konzept ist dem aber keineswegs vorzuziehen. So einer droht beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern. Das Land steckt eigentlich mitten in den Vorbereitungen für seine ersten Hochschulverträge. Die Verfahren zur Finanzierung stehen schon im neuen Hochschulgesetz von 2002 und die Unis haben gerade zum Jahreswechsel die Entwicklungspläne fertig gestellt. Aber die Finanznot setzt der Landesregierung zu und in

ihrem Haushaltsentwurf für 2004/05 will sie nun 373 Stellen an den Hochschulen streichen. Erstmals ganz ohne Verträge, Verhandlungen und Gegenleistungen. Für die zwei Unis und drei FHs bedeutet das 10 Prozent des Personals. Allein der parteilose Bildungsminister Hans-Robert Metelmann stimmt sich gegen die Beschlüsse und verweigert sich einem Wortbruch. Denn schon 2002 hatte es starke Kürzungen gegeben – aber als Trost auch die Zusagen über jährliche Steigerungen von 1,5 Prozent bis 2006, die sich rasch als Makulatur erwiesen haben.

Vorreiter Baden-Württemberg gilt noch als Land der Seligen. Wegen seines Hochschulvertrags mit Laufzeit von zehn Jahren ist es heftig beneidet – selbst in Hochschulen Bayerns. Doch unklar ist, wie lange noch. Denn auch dort fließt das Geld immer schneller aus dem Staatssäckel und starke Einschnitte im Hochschulsystem sind geplant. Und so wird wohl auch dort bald bekürzt. Reiner Kree meint dazu lapidar: „Bei den Politikern kann man heute noch Hoffnung des Standortes sein und exzellente Evaluationsergebnisse haben und morgen wird doch wieder gekürzt.“

BRYNJA ADAM-RADMANIC

„Die Verträge bieten uns Planungssicherheit“

Mit dem Physiker Jürgen Mlynek, Präsident der Berliner Humboldt-Universität, sprach Brynja Adam-Radmanic.

Mit der Unterschrift unter die Ergänzungsverträge hat die HU sich für Planungssicherheit und gegen einen weiteren Protest gegen die Kürzungen entschieden. Aber wie sicher sind diese Verträge?

Es gibt sie seit 1998 und das Land hält sich seitdem daran. Die Alternative wäre für uns ja gewesen ab 2006 ohne Vertrag dazustehen. Ohne Vertrag ist man aber in jedem Jahr von Haushaltssperren bedroht. Die Verträge bieten uns dagegen Planungssicherheit bis 2009.

Wie konkret sind die Einsparpläne von Seiten der HU?

Wir haben Ende Oktober ein Rahmenkonzept vorgelegt, das vorsieht 90 Professuren samt dazugehörigen Mitarbeiter-Stellen einzusparen und weitere 100 in den zentralen Einrichtungen. Das sind insgesamt 530 Stellen.

Betrifft das auch die Physik?

Ja, hier sieht das Rahmenkonzept eine Reduktion der Professuren von 21 auf 18 vor. Grundlage für unser Strukturkonzept war dabei ein Katalog von Leistungskriterien. Demnach gehört die Forschung in der Physik zwar zur Spitze, bei der Lehre gibt es aber gewisse Defizite. Etwa bei der Absolventenquote. Aber die Physik kommt mit der Kürzung von drei Professorenstellen noch relativ glimpflich davon. Bei der Chemie sieht es schlechter aus. Am wenigsten gekürzt wird dagegen in der Biologie.

Wissen Sie schon welche Physik-Professuren von den Kürzungen betroffen sind?

Nein, wir vom Präsidium geben nur die Zahl der Professuren vor und überlassen es dann den einzelnen Fächern zu entscheiden, wo sie ihre thematischen Schwerpunkte setzen wollen und was wegfallen soll. Aber endgültig entscheiden müssen der Akademische Senat und das Kuratorium.

Gibt das nicht ein Hauen und Stechen innerhalb der Fachbereiche, wenn sie selbst die Kürzungen umsetzen müssen?

Nein, die Diskussion verläuft eigentlich sehr geordnet und überaus konstruktiv. Trotz der drastischen Einschnitte werden die Chancen zur Profilbildung durch das Setzen von Schwerpunkten auch erkannt.

Bei der 72-Std-Vorlesung waren Physikprofessoren von HU, FU und TU beteiligt, die dadurch solidarisch gegen die Kürzungen demonstrierten. Auf Ebene der Uni-Leitungen hat sich diese Solidarität nicht halten können. Verhalten sich HU und FU unsolidarisch gegenüber der TU? Ist nicht die TU von den Kürzungen stärker betroffen?

Da sind Sie einem Irrtum aufgesessen. Die Kürzungssumme trifft alle Berliner Unis entsprechend ihres prozentualen Haushaltsanteils. Die TU hat jetzt einen Anteil von 35 Prozent am Hochschuletat und wird den auch 2009 haben. Es ist also genau umgekehrt. Nicht wir sind unsolidarisch, sondern die TU, die ihren Haushaltsanteil auf Kosten von HU und FU erhöhen will. Die TU verweigert sich den Verhandlungen mit dem Argument, sie sei die einzige Uni, die Ingenieurwissenschaften anbietet. Dabei gehören ein Drittel ihrer Fächer nicht zu den Natur- oder Ingenieurwissenschaften.



Jürgen Mlynek